

**Stellungnahme Gas Connect Austria:  
Begutachtungsentwurf der Verordnung der  
Regulierungskommission der E-Control, mit der die  
Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013  
geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-  
Verordnung 2013 – Novelle 2018, GSNE-VO 2013 –  
Novelle 2018)**

**(17. November 2017)**

**Inhalt:**

Stellungnahme .....	3
1 Grundsätzliches .....	3
2 Netznutzungsentgelt für Einspeiser und Entnehmer .....	4
3 Netznutzungsentgelt für Endverbraucher und Netzbetreiber .....	4

## **STELLUNGNAHME**

### **1 GRUNDSÄTZLICHES**

Gas Connect Austria erlaubt sich vorab den grundsätzlichen Hinweis, dass der gegenständliche Begutachtungsentwurf zur Novelle 2018 der GSNE-VO 2013 zu einem Zeitpunkt zur Begutachtung versendet worden ist, in dem noch gar keine Kostenbescheide vorlagen. Dies ist deshalb wesentlich, weil sich für die von der GSNE-VO 2013 erfassten Verteilernetzbetreiber durch die Novelle 2018 die Netznutzungsentgelte ändern sollen (siehe dazu nur Z 8, wodurch § 10 Abs. 8 Z 1 und 2 der GSNE-VO 2013 neu gefasst werden sollen).

Nach Ansicht von Gas Connect Austria ist die Vorgangsweise, einen Verordnungsentwurf mit Tarifen zu einem Zeitpunkt zur Begutachtung zu versehenden, zu dem noch gar keine Kostenbescheide vorliegen, deshalb bemerkenswert, weil die Kostenbescheide Grundlage für die Erlassung der Tarif-VO sind: Nach § 70 Abs. 1 GWG 2011 sind nämlich die Systemnutzungsentgelte im Verteilernetz auf Basis der gemäß §§ 79 ff festgestellten Kosten und des Mengengerüsts mit Verordnung der Regulierungsbehörde zu bestimmen. Daraus folgt, dass die Erlassung der GSNE-VO 2013-Novelle 2018 vor rechtswirksamer Erlassung der ihr zugrunde liegenden Kostenbescheide gesetzwidrig wäre, weil rechtswirksame Kostenbescheide eben eine Erzeugungsbedingung für die Verordnung sind (dass der Kostenbescheid noch einem Rechtszug an das BVwG unterliegt, ist indes irrelevant, da § 9 Abs. 2 E-ControlG für Beschwerden gegen den Kostenbescheid die aufschiebende Wirkung ausschließt). Nur angemerkt sei zudem, dass ein Bescheid laut Rsp. des VwGH (zB 17.12.2013, 2013/09/0105) erst mit Zustellung an die betreffende Partei als erlassen gilt.

## 2 NETZNUTZUNGSENTGELT FÜR EINSPEISER UND ENTNEHMER

<b>FORMULIERUNGS-VORSCHLAG</b>	<p><b>§ 3. Abs. 8a:</b></p> <p><i>Als Entgelt für die Dienstleistung von Netzbetreibern, die Netzbenutzer zu Nominierungen zur Ausspeisung aus dem Marktgebiet Ost und zur gleichzeitigen unmittelbaren sowie übereinstimmenden Einspeisung in das tschechische Marktgebiet berechtigt, werden für Verträge mit einer Laufzeit von einem Jahr oder länger, bezogen auf die vertraglich vereinbarte Leistung, 7,27 Euro/kWh/h pro Jahr bestimmt. Abs. 9a gilt sinngemäß. Das Entgelt ist vom Netzbenutzer auch dann zu entrichten, wenn die gebuchte Dienstleistung nicht oder nur teilweise in Anspruch genommen wird.</i></p>
<b>BEGRÜNDUNG</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Da es sich um eine Ausspeisung aus dem Marktgebiet Ost handelt, sollte auf § 3. Abs. 9a abgestellt werden.</li> <li>■ Bestimmung aus § 3 Abs. 1 wurde analog ergänzt.</li> </ul>

## 3 NETZNUTZUNGSENTGELT FÜR ENDVERBRAUCHER UND NETZBETREIBER

<b>FORMULIERUNGS-VORSCHLAG</b>	<p><b>§ 10 Abs. 10:</b></p> <p><i>Streichung</i></p>
<b>BEGRÜNDUNG</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Siehe dazu näher unten..</li> </ul>

Durch die Novelle 2018 zur GSNE-VO 2013 soll diese um einen neuen § 10 Abs. 10 ergänzt werden, demzufolge sich das Netznutzungsentgelt für die Netzebene 2 und 3 für Entnehmer von Gas für die Einpressung in Lagerstätten gemäß MinroG um 50% reduziert, sofern das Gas danach in gleicher Menge und Qualität an einer Stelle wiedereingespeist wird, die in derselben Netzebene beim selben Netzbetreiber liegt und sich höchstens 20 Leitungskilometer vom Entnahmepunkt entfernt befindet.

Die Erläuterungen zum Begutachtungsentwurf begründen diese Regelung damit, dass derzeit mangels einer Sonderbestimmung für jene Fälle, in denen – außerhalb von Speichern – Erdgas zu Mineralrohstoffzwecken temporär entnommen und später zurückgestellt wird, sowohl die SNE eines Endverbrauchers als auch jene eines Einspeisers zu entrichten wären. Die Entnahme von Erdgas aus dem Netz zur Nutzung würde unabhängig davon, ob das Gas energetisch-chemisch oder stofflich-physikalisch genutzt wird, den Entneh-

mer zur Entrichtung der SNE verpflichten, womit sowohl für die Entnahme gemäß § 73 Abs. 2 GWG 2011 iVm § 10 GSNE-VO als auch später für eine Wiedereinspeisung gemäß § 73 Abs. 6 GWG 2011 iVm § 13 GSNE-VO des entnommenen und aufbereiteten Erdgases die verordneten Entgelte zu bezahlen sind. Hintergrund der nunmehr durch § 10 Abs. 10 erfolgenden 50%igen Ermäßigung wäre, dass für einen solchen Einsatz von Gas die Gasnetze nur ein kurzes Stück benützt werden und der volle Entnahme- bzw. Einspeisetarif aus Sachlichkeitserwägungen überhöht wäre und die Verwendung unwirtschaftlich machen würde.

Die geplante Neuregelung ist jedoch durch das GWG 2011 nicht gedeckt bzw. mangels Anwendungsbereichs sinnlos:

Welche Marktteilnehmer zur Zahlung von Netznutzungsentgelt im Verteilernetz heranzuziehen sind, ist in § 73 GWG 2011 abschließend geregelt. Es sind dies:

- die Endverbraucher pro Zählpunkt und die Netzbetreiber pro Netzkopplungspunkt (§ 73 Abs. 2)
- die Einspeiser und Entnehmer pro Ein- bzw. Ausspeisung im Verteilernetz an der Marktgebietsgrenze (§ 73 Abs. 4),
- die Speicherunternehmen für Ausspeisungen aus dem Verteilernetz in Speicheranlagen (§ 73 Abs. 5) sowie
- die Produzenten und Erzeuger biogener Gase für die Einspeisung in das Verteilernetz aus Produktion bzw. Erzeugung von biogenen Gasen (§ 73 Abs. 6).

Was den geplanten neuen § 10 Abs. 10 GSNE-VO 2013 idF der Novelle 2018 anlangt, so scheint die E-Control offenbar auf dem Rechtsstandpunkt zu stehen, dass die Ausspeisung von Gas für die Einpressung in Lagerstätten gemäß MinroG, sofern das Gas danach in gleicher Menge und Qualität an einer Stelle wiedereingespeist wird, den Tatbestand des § 73 Abs. 2 GWG 2011 verwirklicht. Hintergrund für die geplante Regelung scheint dabei zu sein, dass ein Netzkunde der Gas Connect Austria aus eigener Produktion stammendes Gas genau für diesen Zweck verwendet und die E-Control der Ansicht ist, dieser müsse hierfür das Netznutzungsentgelt gemäß § 10 GSNE-VO 2013 zahlen.

Diese Rechtsauffassung der E-Control ist jedoch unzutreffend: § 73 Abs. 2 GWG 2011 sieht eine Zahlungspflicht betreffend das Netznutzungsentgelt durch Endverbraucher pro Zählpunkt und durch Netzbetreiber pro Netzkopplungspunkt vor, womit eine Zahlungspflicht für gewisse Entnahmen aus dem Verteilernetz angeordnet wird. Was nun aber speziell den Anlassfall für die geplante Regelung des § 10 Abs. 10 GSNE-VO 2013 idF der Novelle 2018 anlangt, so liegt jedoch gar kein Anwendungsfall des § 73 Abs. 2 GWG 2011 vor, weil der in den Erläuterungen beschriebene Sachverhalt keine Entnahme durch einen Endverbraucher bzw. Netzbetreiber darstellt.

Dass keine Entnahme durch einen Netzbetreiber vorliegt, liegt schon deshalb auf der Hand, weil jene nach MinroG genehmigten Leitungen, welche zur Einpressung von Gas in Lagerstätten dienen, nicht durch einen Netzbetreiber iSd GWG 2011 betrieben werden. Als Netzbetreiber iSd GWG 2011 gelten nämlich laut § 7 Abs. 1 Z 43 GWG 2011 nur Fernleitungs- und Verteilernetzbetreiber.

Somit würde eine Zahlungspflicht gemäß § 73 Abs. 2 GWG 2011 in dem in den Materialien beschriebenen Sachverhalt nur dann vorliegen, wenn jenes Unternehmen, das Gas zur

Einpressung in Lagerstätten entnimmt, insoweit gleichzeitig auch Endverbraucher wäre. Auch dies trifft jedoch nicht zu: Endverbraucher ist nach § 7 Abs. 1 Z 11 GWG 2011 nämlich nur, wer Erdgas für den Eigenbedarf kauft. Im Zusammenhang mit der Entnahme zur Einpressung von Gas in MinroG-Lagerstätten im Anlassfall für die geplante Neuregelung ist diese Voraussetzung jedoch schon allein deshalb nicht erfüllt, weil jenes Unternehmen, das diese Einpressung vornimmt, hierfür Gas aus eigener Produktion verwendet; ein Kaufvorgang betreffend dieses Gas hat also zu keiner Zeit stattgefunden.

Dazu kommt weiters, dass eine Konstellation, in der Gas für die Einpressung in Lagerstätten gemäß MinroG aus dem Verteilernetz entnommen und danach in gleicher Menge und Qualität in das Verteilernetz wiedereingespeist wird, gar keinen Endverbrauch verwirklicht, und zwar unabhängig vom Anlassfall für die geplante Neuregelung. Die den Erläuterungen zum Begutachtungsentwurf zur Novelle 2018 der GSNE-VO 2013 zugrunde liegende gegenteilige Auffassung, jede Entnahme von Erdgas aus dem Netz zur Nutzung würde unabhängig davon, ob das Gas energetisch-chemisch oder stofflich-physikalisch genutzt wird, einen Endverbrauch darstellen, ist schon bei einer reinen Wortinterpretation völlig unhaltbar: Entscheidend für eine Zahlungspflicht nach § 73 Abs. 2 GWG 2011 ist nämlich nicht die Nutzung des betreffenden Gases, sondern dass eben auch dessen Endverbrauch stattfindet.

Vor diesem Hintergrund erweist sich die durch die Novelle 2018 geplante Regelung eines neuen § 10 Abs. 10 GSNE-VO 2013 als gesetzwidrig, wenn man der Auffassung der E-Control folgt, in jenen Fällen, für welche die Regelung gedacht ist, würde eine Zahlungspflicht für das Netznutzungsentgelt bestehen.

Hat man hingegen richtig erkannt, dass die in den Erläuterungen zum Begutachtungsentwurf iZm dem neu geplanten § 10 Abs. 10 geschildeter Konstellation gar nicht unter § 73 Abs. 2 GWG 2011 subsumierbar ist, so ist die Regelung, die als 50%ige Ermäßigung der Tarife gemäß § 10 Abs. 8 GSNE-VO 2013 gedacht ist, jedoch ohne Anwendungsbereich und damit sinnlos.

Gas Connect Austria ersucht daher, die in § 10 Abs. 10 geplante Regelung ersatzlos zu streichen. Dies vor allem deshalb, weil andernfalls kosten- und zeitaufwändige Rechtsstreitigkeiten zu erwarten sind: Jenes Unternehmen, das die Entnahme zur Einpressung in MinroG-Lagerstätten vornimmt, kann die rechtswidrige Auffassung der E-Control, welche dem § 10 Abs. 10 zugrunde liegt, schon aus gesellschaftsrechtlichen Sorgfaltsgründen nicht ohne weiteres hinnehmen, sondern muss entweder die Zahlung verweigern oder kann nur unter Vorbehalt zahlen. Dies würde sodann in einen Rechtsstreit vor den Zivilgerichten über die Zahlungspflicht, verbunden mit einer Vorlage an den Verfassungsgerichtshof zur Verordnungsprüfung, münden. Wie der E-Control vom Themenkomplex „Netzverlustentgelt für Einspeiser“ infolge der entsprechenden Anpassung der SNT-VO 2006 durch die Novelle 2009 bekannt ist, gab es bereits damals auf Grund einer rechtlich nicht gedeckten Verordnung der E-Control eine Fülle an Rechtsstreitigkeiten, was Gas Connect Austria im vorliegenden Fall gerne vermeiden würde. Gas Connect Austria ersucht daher um Streichung des geplanten § 10 Abs. 10.